

Weltmacht USA

Kompaktwissen Geschichte

Herausgegeben von Gerhard Henke-Bockschatz

Weltmacht USA

Von Philipp Gassert
und Michael Wala

Reclam

RECLAMS UNIVERSAL-BIBLIOTHEK Nr. 17078

Alle Rechte vorbehalten

© 2014 Philipp Reclam jun. GmbH & Co. KG, Stuttgart

Gestaltung: Cornelia Feyll, Friedrich Forssman

Gesamtherstellung: Reclam, Ditzingen. Printed in Germany 2014

RECLAM, UNIVERSAL-BIBLIOTHEK und

RECLAMS UNIVERSAL-BIBLIOTHEK sind eingetragene Marken

der Philipp Reclam jun. GmbH & Co. KG, Stuttgart

ISBN 978-3-15-017078-6

www.reclam.de

Inhalt

Einleitung 7

Zeittafel 12

I Darstellung

- 1 Auf dem Weg zur Weltmacht 18
- 2 Die junge Weltmacht 24
- 3 Der Erste Weltkrieg und die USA 31
- 4 Eine neue Weltordnung nach 1919 36
- 5 Die USA und der Zweite Weltkrieg 43
- 6 Die Eindämmung des Kommunismus 51
- 7 Nuklearwaffen und militärische Strategie 59
- 8 Amerika als kulturelle »Weltmacht« 62
- 9 Zweite Berlin- und Kubakrise 65
- 10 Reformistische Aufbrüche und liberaler Antikommunismus 69
- 11 Der Vietnam-Krieg 72
- 12 Entspannungspolitik und Multilateralismus 76
- 13 Reorganisation der wirtschaftlichen Hegemonie 80
- 14 Die Rückkehr des Kalten Krieges 83
- 15 Das Ende des Ost-West-Konflikts 87
- 16 Globalisierung und Kampf gegen den Terror 91
- 17 »9/11« und die Herausforderung der amerikanischen Hegemonie 94
- 18 Ausblick 97

II Kontroversen

- 1 Isolation 101
- 2 Pearl Harbor und der Eintritt der USA in den Zweiten Weltkrieg 102
- 3 Atombombe 104
- 4 Kalter Krieg und Eindämmung des Kommunismus 105
- 5 Dollardiplomatie und wirtschaftliche Interessen 106
- 6 Debatten um den Vietnam-Krieg 108
- 7 Wer gewann den Kalten Krieg? 110
- 8 Werte und kulturelle Faktoren in der US-Weltmachtrolle 111

III Quellen

- 1 Monroe-Doktrin (1823) 114
- 2 »Manifest Destiny« (1839) 116
- 3 Roosevelts *Corollary* zur Monroe-Doktrin (1904) 117
- 4 Wilsons Rede zur Kriegserklärung an Deutschland (1917) 119
- 5 Wilsons »Vierzehn Punkte« (1918) 122
- 6 Atlantik-Charta (1941) 125
- 7 Truman-Doktrin (1947) 127
- 8 George C. Marshalls Angebot US-amerikanischer Hilfe für Europa nach dem Krieg (1947) 129
- 9 National Security Council Report 68 (NSC 68), 1950 131
- 10 »Amerikanisierung« und die Auswirkungen der US-Jugendkultur 133
- 11 Die »Küchendebatte« zwischen Chruschtschow und Nixon (1959) 134
- 12 Antrittsrede (»Inaugural Address«) von John F. Kennedy als Präsident (1961) 139
- 13 Senator Fulbrights Kritik am Vietnam-Krieg und der darin deutlich werdenden »Arroganz der Macht« (1966) 142
- 14 »Die fünf weltwirtschaftlichen Machtzentren«.
Präsident Nixon sagt eine neue Weltordnung voraus (1971) 145
- 15 Präsident Reagan warnt vor der Sowjetunion als dem »Reich des Bösen« (1983) 147
- 16 Präsident George H. W. Bush erklärt eine neue Weltordnung (1990) 149
- 17 »Why do they hate us?« Präsident George W. Bush reagiert auf die Terroranschläge vom 11. September 2001 152

Literaturhinweise 157

Einleitung

Im Laufe der Geschichte haben verschiedene Länder eine Epoche besonders geprägt. Sie verfügten über die ökonomische, militärische und politische Macht, aber auch über die kulturelle Ausstrahlung, die Welt und das internationale System nach ihren Vorstellungen zu ordnen. Im 20. Jahrhundert spielten die Vereinigten Staaten von Amerika, die USA, fraglos diese Rolle. Sie waren die prägende Weltmacht und sind dies bis heute. So wie Frankreich durch den Westfälischen Frieden die moderne Staatenwelt mit der Idee der »Staatsräson« schuf oder im 19. Jahrhundert unter englischer Hegemonie die Vorstellung einer »balance of power« leitend war, so besitzt die von der amerikanischen Macht gestaltete Welt ihre eigentümlichen Charakteristika. Wofür dieses Amerika steht und wie eine amerikanisch geführte Welt beschaffen sein sollte, das brachte im Februar 1941 der Journalist und Herausgeber der Zeitschriften *Time* und *Life*, Henry R. Luce, auf den Punkt. Noch bevor ein Sieg der USA im Zweiten Weltkrieg überhaupt absehbar geworden war, ja Amerika durch Japan und Deutschland überhaupt angegriffen worden wäre, definierte er in seinem berühmten Leitartikel das »American Century«.

Für Luce war das »Amerikanische Jahrhundert« kein rein machtpolitisches Konstrukt, sondern ein weltanschauliches Programm. Amerika stand für die weltweite Hegemonie der in den Gründungsdokumenten der Republik (der Unabhängigkeitserklärung von 1776, der Verfassung von 1787, der Bill of Rights von 1791) kodifizierten Werte des liberalen Verfassungsstaates und der repräsentativen Demokratie. An zweiter Stelle nannte er die »fabelhaften Produkte unserer Industrie« und die kulturellen Errungenschaften der Amerikaner wie zum Beispiel den Jazz. Auch durch sie drücke Amerika der Welt von »Sansibar bis Hamburg« seinen Stempel auf. Konkre-

ter Ausdruck dieses liberalen Imperiums wurde im 20. Jahrhundert ein Netzwerk global verstandener Institutionen. Es begann mit dem von Woodrow Wilson 1918/19 initiierten Völkerbund; es folgte ab 1945 eine Fülle von internationalen Organisationen wie die UN, die Weltbank oder die NATO. Die USA waren die unumstrittene Führungsmacht der westlichen Welt. Doch dieses American Empire war nach dem Zweiten Weltkrieg durch größtenteils freiwillige Integration und Ko-optation geprägt. Auch amerikanische Kultur und Produkte waren, ungeachtet aller Abwehrreflexe, die sich gegen Jazz, Rock 'n' Roll, Rap-Musik, Hollywood und Coca-Cola regten, nicht Ausdruck einer aufgezwungenen, einseitigen Amerikanisierung. Selbst wenn inzwischen die politische und wirtschaftliche Hegemonie der USA geschmolzen sein sollte, so ist der überragende kulturelle Einfluss nach wie vor gegeben.

Dass Nordamerika etwas Anderes, etwas Besonderes war, dass es neue Möglichkeiten eröffnete, dass es als Vorbild für Europa dienen sollte, stellten bereits die ersten Siedler heraus. In zahlreichen Dokumenten, die aus der Zeit des beginnenden 17. Jahrhunderts überliefert sind, wird deutlich, dass die Gruppen, die den Schritt über den Atlantik wagten, nicht nur neue wirtschaftliche Möglichkeiten suchten, sondern häufig auch neue Gemeinschaften bilden wollten, die nach Europa zurückstrahlen sollten. Ein Dokument, das noch in der politischen Rhetorik der Vereinigten Staaten des 20. und auch des 21. Jahrhunderts nachklingt und immer wieder zitiert wird, ist eine Predigt von John Winthrop. 1630 sprach er davon, dass das Gemeinwesen, das die Puritaner im heutigen Neuengland begründeten, Vorbild für Europa sein sollte. Der Prediger mahnte die Siedler, dass die Augen aller Völker auf ihnen ruhten und dass sie im Angesicht Gottes eine bessere Gemeinschaft, einen reineren Glauben leben sollten.

Dieser religiöse Anspruch setzte sich in den folgenden Jahr-

hundertern in einen universellen politischen Anspruch um. Er war auch in der Rhetorik der amerikanischen Revolutionszeit von zentraler Bedeutung für die Legitimation der Loslösung vom britischen Mutterland. Thomas Paine hat in seiner berühmten Schrift *Common Sense* im Januar 1776 davon gesprochen, dass es absurd sei, dass ein ganzer Kontinent dauerhaft von einer Insel regiert würde. England gehöre zu Europa, Amerika jedoch nur sich selbst, die Vision der Revolutionäre sei das Ziel der gesamten Menschheit. Die Postulate der Aufklärung in einem revolutionären politischen System umzusetzen, in dem die Menschen auf der Grundlage eines Vertrages selbst regieren, ist das Credo der Vereinigten Staaten von Amerika geworden; es bildet – dem Anspruch von Winthrop und anderen folgend – zugleich den Auftrag an die USA, als globales Vorbild für den Freiheitsanspruch der gesamten Menschheit zu wirken. Henry R. Luce griff, inspiriert von Wilson und Roosevelt, diese Rhetorik während des Zweiten Weltkriegs auf.

Bereits zur Zeit der amerikanischen Revolution machte einen Teil dieser Zukunftsvision auch die Vision eines Imperiums aus. Die gemeinsame Hauptstadt der dreizehn Gründungskolonien wurde von George Washington immer als die »Imperial City« bezeichnet. Der Stadtplan, von dem französischen Festungsingenieur Pierre Charles L'Enfant nach den Vorbildern europäischer Hauptstädte entworfen, ist entsprechend grandios ausgearbeitet. Überdimensionierte Alleen treffen sich in symbolisch aufgeladenen zentralen Schnittpunkten der Macht: dem Kapitol und dem Weißen Haus. An einem Fluss angelegt, sollte die neue Hauptstadt das Tor nach Westen sein, in den noch größtenteils unbekanntem Kontinent hinein. Es dauerte fast hundert Jahre, bis diese Vision auch Realität wurde. Die Hauptstadt Washington, lange Jahrzehnte nur ein ferner Außenposten auf der weltpolitischen Bühne,

war zu Beginn des 20. Jahrhunderts tatsächlich zu einer Stadt von imperialer Größe herangewachsen.

George Washington ist es auch, der die Sonderstellung der USA unter den Nationen in seiner gedruckten Abschiedsansprache 1796 deutlich dadurch hervorhebt, dass die neue Nation mit allen anderen Nationen in friedlichem Einvernehmen leben und den Handel mit ihnen ausweiten solle. Zugleich warnt er davor, Erbfeindschaften zu pflegen oder dauerhafte politische Verbindungen einzugehen. Der dritte Präsident der Vereinigten Staaten, Thomas Jefferson (1801–09), nahm diesen Hauptstrang der außenpolitischen Kultur in seiner ersten Antrittsrede auf, als er davon sprach, dass die USA es vermeiden müssten, »entangling alliances« – verstrickende Allianzen – einzugehen, ein Grundsatz, der in der Geschichtsschreibung fälschlicherweise häufig als Aufruf zum Isolationismus verstanden wurde. Erst im 20. Jahrhundert ist mit diesem Grundsatz gebrochen worden, als die USA sich mit der NATO auch für Friedenszeiten in ein potentiell »verstrickendes« Bündnis einbanden.

Keine Nation muss zwangsläufig zu einer Weltmacht werden; viele haben dies angestrebt, aber nur wenige können so genannt werden. Nicht allein die Größe des Territoriums oder die Bevölkerungszahl ist hierbei ausschlaggebend, auch nicht unbedingt die tatsächliche militärische, wirtschaftliche oder politische Macht, sondern die Möglichkeit, global wesentlichen Einfluss zu nehmen. Dazu gehören insbesondere auch kulturelle Faktoren und eine prägende, einflussreiche Idee. Dies ist im Falle der USA die Idee der Freiheit, die nach innen von einer liberal-demokratischen Ordnung garantiert wird. Die Weltmacht USA hat sich nicht immer an ihre Ideale gehalten – weder im Inneren noch in ihren äußeren Beziehungen. Dennoch hat sich im Laufe der Geschichte der USA sowohl der tatsächliche Einfluss wie auch das Potential von militäri-

scher, wirtschaftlicher und politischer Macht mit einem demokratischen und freiheitlichen Sendungsbewusstsein verbunden. Diese Paarung war das Fundament ihrer außenpolitischen Entscheidungen in der Vergangenheit und wird es wohl auch in absehbarer Zukunft sein.

Zeittafel

- 1898 Kriegserklärung an Spanien (Spanisch-Amerikanischer Krieg)
- 1899/1900 Open Door Notes
- 1904 *Roosevelt Corollary* zur Monroe-Doktrin
- 1905 Friede von Portsmouth (Ende des Japanisch-Russischen Krieges)
- 1906 Konferenz von Algeciras
- 1914 Beginn des Ersten Weltkriegs
- 1915 Versenkung der »Lusitania« durch ein deutsches Unterseeboot
- 1916 Amerikanische Friedensnote
- 1917 Wiederaufnahme des unbeschränkten U-Boot-Krieges
Kriegserklärung des amerikanischen Kongresses an das Deutsche Reich
Waffenstillstand der Mittelmächte mit Russland
- 1918 Vierzehn-Punkte-Rede Woodrow Wilsons
Friede von Brest-Litowsk
Waffenstillstand der Westmächte mit dem Deutschen Reich
- 1919 Pariser Friedenskonferenz
Unterzeichnung des Versailler Vertrages
- 1922 Washingtoner Flotten-Abkommen
- 1924 Dawes-Plan
- 1928 Kellogg-Briand-Pakt zur Ächtung des Krieges
- 1929 Wirtschaftskrise in den USA
- 1932 Stimson-Doktrin
- 1933 Aufnahme diplomatischer Beziehungen der USA mit der UdSSR
- 1935–1937 Neutralitätsgesetze
- 1937 Franklin D. Roosevelts Quarantäne-Rede
- 1938 Münchener Konferenz

- Abberufung des amerikanischen Botschafters aus
Berlin
- 1939 Beginn des Zweiten Weltkriegs
- 1940 *Bases Destroyer Deal*
Dreimächtevertrag zwischen Deutschland, Japan und
Italien
- 1941 *Lend-Lease-Gesetz*
Atlantik-Charta
Japanischer Überfall auf Pearl Harbor; Kriegserklärung
der USA an Japan; deutsche und italienische Kriegs-
erklärung an die USA
- 1942 Landung amerikanischer Streitkräfte in Nordafrika
- 1943 Konferenz von Casablanca
Kapitulation Italiens
- 1944 Landung der Alliierten in Frankreich
Konferenz von Bretton Woods, Grundlegung des
internationalen Welthandelssystems
- 1945 Konferenz von Jalta
Tod Roosevelts
Bedingungslose Kapitulation Deutschlands
Erfolgreicher Atombombentest in New Mexico
Unterzeichnung der Charta der Vereinten Nationen
Konferenz von Potsdam
Atombombenabwurf auf Hiroshima und Nagasaki;
Kapitulation Japans
- 1947 Viermächte-Außenminister-Konferenz in Moskau
Truman-Doktrin
Ankündigung des Marshall-Plans
- 1948 Blockade Westberlins
- 1949 Abschluss des NATO-Vertrages
Ende der Blockade Westberlins
Erster Atombombentest der UdSSR
Proklamation der Volksrepublik China

- 1950 *National Security Council Report 68*
 Beginn des Korea-Krieges
 Gründung des Kongresses für Kulturelle Freiheit
 Beginn des Truppenausbauprogramms, massive
 Steigerung der US-Militärpräsenz in Europa; Schaffung
 ziviler Militärgemeinden
 Chinesisch-nordkoreanische Gegenoffensive
- 1953 Ende des Korea-Krieges – Waffenstillstand
 Amtsantritt Eisenhowers, nukleare Strategie des
 »New Look«
 Aufstand des 17. Juni in der DDR
- 1954 Indochina-Konferenz in Genf
 Atombombentests im Pazifik, Beginn der Protest-
 und Friedensbewegung gegen Nuklearwaffen
 Literaturnobelpreis für Ernest Hemingway
- 1955 Aufnahme der BRD in die NATO
 »Tauwetter« in der UdSSR; Abrüstungsverhandlungen
 in Genf
- 1956 Suez-Krise
 Niederschlagung des Ungarn-Aufstandes durch
 die UdSSR
- 1957 Start von »Sputnik 1«
 Gründung der EWG
 Erste internationale Tournee von Bill Haley & His
 Comets
- 1958 Kubanische Revolution
 Chruschtschow-Ultimatum; zweite Berlinkrise
- 1958/59 Ausstellung »The New American Painting« in acht
 europäischen Metropolen und New York
 Elvis Presley leistet seinen Wehrdienst in Deutschland
 ab
- 1959 »Küchendebatte« zwischen Chruschtschow und Nixon
 in Moskau

- 1960 Abschuss eines U2-Spionageflugzeugs über der UdSSR
- 1961 Amtsantritt Kennedys
Landung von Exilkubanern in der Schweinebucht
Gründung des Peace Corps
Bau der Berliner Mauer
- 1962 Kubakrise
- 1963 Atomwaffenteststoppvertrag
Buddhisten-Krise in Vietnam, Sturz von Diem
Berlin-Besuch von Kennedy
- 1964 *Gulf of Tonkin Resolution*
- 1965 Militärische Eskalation in Vietnam beginnt, »Rolling Thunder«
- 1967 March on the Pentagon, Antikriegsbewegung
»Summer of love«, weltweite Ausstrahlung der Hippie-Kultur
- 1968 Tet-Offensive, My-Lai-Massaker
Höhepunkt des US-Militärengagements in Vietnam
Johnson verkündet Ende der Bombardierungen nördlich des 20. Breitengrads
Goldkrise
Atomwaffensperrvertrag
Weltweite Proteste gegen den Vietnam-Krieg
Niederschlagung des Prager Frühlings
- 1969 Amtsantritt Nixons
Erste Mondlandung
Woodstock-Festival
- 1970 Ausweitung des Vietnam-Kriegs nach Kambodscha und Laos
Kent State Shootings, Höhepunkt des innenpolitischen Konflikts um Indochina
Widerruf der Gulf-of-Tonkin-Resolution durch den Kongress

- 1971 Ende der Dollar-Gold-Konvertibilität und des Weltwährungssystems von Bretton Woods
- 1972 Besuch Nixons in der VR China
SALT I-Vertrag unterzeichnet
- 1973 Beginn der Watergate-Hearings
Waffenstillstand von Paris (Rückzug der USA aus Vietnam)
Ölpreisschock
- 1974 Rücktritt Nixons, Amtsantritt Fords
- 1975 Fall von Saigon, Ende des Vietnam-Krieges
KSZE-Schlussakte in Helsinki unterzeichnet
Erster Weltwirtschaftsgipfel in Rambouillet
- 1976 Wiederbelebung des »Comittee on the Present Danger«, Beginn der neokonservativen Tendenzwende in der US-Außenpolitik
- 1977 Amtsantritt Carters
Erster *Star Wars*-Film
- 1978 Camp-David-Abkommen
- 1979 SALT II-Vertrag unterzeichnet
NATO-Doppelbeschluss
Sowjetische Invasion in Afghanistan
- 1980 US-Boykott der Olympischen Spiele in Moskau
Besetzung der US-Botschaft in Teheran
Beginn des ersten Golfkrieges Irak – Iran
- 1981 Amtsantritt von Reagan
Kriegsrecht in Polen
- 1982 Friedensdemonstrationen in New York
- 1983 Ankündigung der »Strategic Defense Initiative« (SDI)
US-Invasion auf Grenada
Bombenanschlag auf Marines in Beirut
- 1985 Reagan-Doktrin
Amtsantritt Gorbatschows
- 1986 Iran-Contra-Affäre

- 1987 Rede Reagans am Brandenburger Tor
Washingtoner Vertrag (INF-Vertrag)
- 1989 »Japanische Invasion«: Sony übernimmt Columbia Pictures, Mitsubishi kauft Rockefeller Center
Gründung von APEC (Asia-Pacific Economic Cooperation)
Fall der Berliner Mauer, Ende des Kalten Krieges
- 1990 Zwei-plus-Vier-Vertrag, Ende der europäischen Nachkriegsordnung
Besetzung Kuwaits durch den Irak
- 1991 Erster Irak-Krieg
START I reduziert Interkontinentalraketen
Auflösung der UdSSR
- 1992 Vertrag von Maastricht, Gründung der EU
- 1993 Amtsantritt von Clinton
Ratifikation von NAFTA (North American Free Trade Agreement)
Rückzug der USA aus Somalia
Erster Web-Browser »Mosaic« online
- 1994 Gründung der Welthandelsorganisation (WTO)
- 1995 Friedensvertrag von Dayton, Ende des Bosnien-Krieges
- 1997 Kyoto-Protokoll (von den USA nicht ratifiziert)
- 1998 Anschläge auf US-Botschaften in Ostafrika
- 1999 NATO-Intervention im Kosovo
- 2001 Amtsantritt von George W. Bush
Angriffe islamistischer Terroristen auf das World Trade Center und das Pentagon, Beginn des »Krieges gegen den Terror«
- 2003 Beginn des zweiten Irak-Krieges
- 2009 Amtsantritt Obamas
Intensivierung des Afghanistan-Krieges
- 2011 Abzug der USA aus dem Irak
Tötung von Osama Bin Laden
- 2014 Geplanter Rückzug aus Afghanistan

I Darstellung

1 Auf dem Weg zur Weltmacht

Die Vereinigten Staaten von Amerika kennen wir heute als Weltmacht mit globalen Interessen und als zurzeit einzige Supermacht. Vor zweihundert Jahren jedoch waren die USA noch ein recht unsicherer Bundesstaat am Rand des Atlantiks, ein Rohstofflieferant für Europa, mit etwa acht Millionen Einwohnern. Dies spiegelte sich auch in der Außenpolitik der jungen Republik wider, der es in der Hauptsache um die Sicherung von Handels- und Absatzmöglichkeiten ging. Doch in den folgenden Jahrzehnten setzten die USA in der internationalen Politik Markierungen, die den Anspruch des Landes, als zukünftige Weltmacht wahrgenommen zu werden, auch für den zeitgenössischen Betrachter deutlich machten. Am offensichtlichsten wird dies in der Ansprache des Präsidenten James Monroe (1817–25) zur Lage der Union im Jahr 1823, die später als Monroe-Doktrin bekannt wurde und auch heute noch ein Grundpfeiler des amerikanischen außenpolitischen Selbstverständnisses ist. Monroe erhob in seiner Rede für die USA den Anspruch als Hegemonialmacht über den amerikanischen Doppelkontinent und erklärte, sein Land sei nicht bereit, in der westlichen Hemisphäre eine Rekolonialisierung ehemaliger europäischer Kolonien, die sich zwischen 1808 und 1822 selbstständig gemacht hatten, zu dulden (Quelle 1). Es zeugt von dem bereits zu diesem Zeitpunkt starken amerikanischen Selbstbewusstsein, dass ein britischer Vorschlag zu einer ähnlichen, aber gemeinsamen Erklärung abgelehnt wurde; dass England zu Europa gehörte und Amerika zu sich selbst, ein Wort des politischen Vordenkers der Revolutionszeit Thomas Paine, galt immer noch als Leitlinie. Zu diesem Zeitpunkt jedoch hätten die USA kaum die Machtmittel gehabt, die Mon-

roe-Doktrin auch tatsächlich durchzusetzen; dies bedurfte der impliziten Zustimmung und Unterstützung Großbritanniens. In Europa war man damals zumeist noch belustigt über die Anmaßungen der USA. Und in der Tat war die Monroe-Doktrin mehr ein in die Zukunft gerichteter Anspruch, als dass sie reales machtpolitisches Potential widerspiegelte.

In ihr spielten zwei Konzeptionen über die zukünftige Rolle der Nation ineinander: Zum einen gab es längst die Vorstellung, dass die USA sich über den gesamten nordamerikanischen Kontinent, also bis zur Pazifikküste und damit auch in mexikanisches Gebiet hinein erstrecken sollten. Hierfür waren eine Konsolidierung der Grenzen notwendig und stabile Verhältnisse an diesen und im näheren Umfeld. Süd- und Mittelamerika jedoch wurden nicht als Territorium betrachtet, das es möglicherweise einmal zu erobern galt, sondern als potentielle Handelspartner in einer vernetzten transamerikanischen Wirtschaft.

Nach dem Krieg gegen Großbritannien, 1812–14 (in dem es um die Durchsetzung der amerikanischen Souveränität gegenüber den europäischen Mächten ging und der daher auch als der Zweite Unabhängigkeitskrieg bezeichnet wird), hatten sich die USA aus der Rolle des Rohstofflieferanten für Europa befreit und begannen eine eigene Industrie aufzubauen. Die zunehmende und noch nicht regulierte Einwanderung, ein starkes Bevölkerungswachstum im Landesinneren, Wirtschaftskrisen und Enttäuschung über die Unwirtlichkeit des 1803 von Frankreich erworbenen Louisiana-Territoriums im Westen weckten den Wunsch nach Lösungen für die entstandenen oder vermeintlichen Probleme einer weiteren Ausdehnung der Nation.

John O'Sullivan hatte in dieser Zeit in verschiedenen Zeitungsaufsätzen für eine Expansion gestritten. Nun prägte er in einem Zeitschriftenartikel den Begriff der *Manifest Destiny*

(Quelle 2). Es sei den Vereinigten Staaten vorherbestimmt, schrieb er, sich von der Ostküste bis zur Westküste auszudehnen. Gepaart mit der Vorstellung einer außergewöhnlichen Stellung Nordamerikas, des *American Exceptionalism*, die über die politisch-religiöse Rhetorik in zwei Jahrhunderten seit der Kolonialzeit Teil des breit getragenen Selbstverständnisses in den USA geworden war, erhielt der Begriff der *Manifest Destiny* schnell Zuspruch in weiten Teilen der Bevölkerung. Die USA hätten eine historische, von einer höheren Macht verliehene Mission zu erfüllen, Demokratie und Freiheit auf dem Globus zu verbreiten. In diesem Selbstverständnis war für Toleranz gegenüber indigenen Kulturen und politischen Systemen anderer Nationen auf dem Kontinent kein Platz. O'Sullivan war es um die Annexion von Texas gegangen, und der hieraus entstehende und 1848 von den USA provozierte Mexikanisch-Amerikanische Krieg verleihte dann große Teile der Westküste, das heutige Kalifornien, den USA ein.

Die territoriale Expansion war aber auch zugleich ein wesentlicher Faktor für die Zunahme der politischen Spannungen, die sich im Amerikanischen Bürgerkrieg 1861–65 entluden. Bereits seit der Revolutionszeit war dies eine schwelende Frage gewesen, aber keiner der Kompromisse, die seit 1820 erdacht worden waren, hatte zu einer Lösung geführt. Nun mussten sich der Norden und der Süden der USA darauf einigen, wie bei der Aufnahme neuer Einzelstaaten aus dem Gebiet der erworbenen Territorien die Balance zwischen »freien« und Sklaven haltenden Staaten im Senat gewährleistet werden sollte. Während im Norden die meisten Bürger und Politiker davon ausgingen, dass die USA ein Bundesstaat seien, hielt man im Süden an der Idee fest, die USA wären nur ein Staatenbund, aus dem man sich, wenn gewichtige Gründe vorlägen, auch wieder herauslösen könnte. Die Sezession der Südstaaten sollte in vier Jahren Krieg weit mehr als eine halbe Million

Menschenleben kosten, bevor die Nation durch den Sieg der in der Union verbliebenen Nordstaaten wieder vereint war.

Es brauchte eine weitere Generation, bis die Rekonstruktion der Union am Ende des 19. Jahrhunderts so weit abgeschlossen war, dass man sich in den USA intensiver der Welt jenseits der Ufer von Pazifik und Atlantik zuwandte. Die Einwanderung war in dieser Zeit massiv angestiegen; insbesondere Iren und Deutsche suchten eine neue Heimat jenseits des Atlantischen Ozeans. Die offensichtlichen wirtschaftlichen Erfolge der Vereinigten Staaten und die Festigung eines krisenerprobten, zugleich liberalen und flexiblen politischen und sozialen Systems zogen viele Einwanderer an und ließen allmählich ein nationales Selbstbewusstsein entstehen, das auch gegenüber etablierten Weltmächten offensiv vertreten wurde.

Deutlich wurde dies beispielsweise auf der Weltausstellung von 1893 in Chicago, auf der die USA sich selbstbewusst präsentierten. Durch die Wahl Chicagos als Ort der Ausstellung sollte deutlich werden, dass die Wirtschaftskraft des Landes nicht nur an der Ostküste und im Nordosten lag, sondern, breit aufgestellt, auch im Mittleren Westen verankert war. Drei Jahre zuvor hatte das Census Bureau (vergleichbar dem Statistischen Bundesamt) festgestellt, dass die Besiedelung aller Teile der Vereinigten Staaten von Amerika so weit fortgeschritten war, dass von »unbewohnten« Gebieten nicht mehr gesprochen werden konnte; die sogenannte Frontier sei geschlossen. Die enorme soziale und wirtschaftliche Kraft der USA schien nun ein neues Ventil zu benötigen, und der Blick der politischen Klasse in den USA richtete sich auf den Pazifikraum.

Europäische Nationen hatten in dieser Zeit bereits größere Flottenbauprogramme aufgelegt. In den USA wurden ähnliche Überlegungen durch eine historische Studie von Captain Alfred Thayer Mahan gestützt. Danach mussten auch die USA eine große Flotte aufstellen, um in der Konkurrenz mit den

europäischen Weltmächten mithalten zu können. Umstritten war aber in den USA, ob das Ziel ein formelles Imperium sein sollte, also die Aneignung von fremdem Territorium, um Kolonien zu gründen, oder ob es besser sei, ein informelles Imperium zu etablieren, das auf Handel und wirtschaftlichem Einfluss fußte.

Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf der Bevölkerung stieg in dieser Zeit rapide an, und vor dem Ende des Jahrhunderts hatten die USA in der Industrieproduktion Großbritannien überholt. Eine zweite industrielle Revolution sowie die schnelle Ausdehnung regionaler Eisenbahnnetze folgten. Zusammen mit der transkontinentalen Eisenbahn, die weitere Landesteile miteinander verband und gleichzeitig die Märkte an der Ostküste für Nahrungsmittel, Rohstoffe und Fertigwaren aus dem Landesinneren erschloss, wurde so das Fundament für die wirtschaftliche Entwicklung der USA im 20. Jahrhundert gelegt. Kohlevorkommen und Ölquellen sowie die zunehmende Erschließung von Erzvorkommen in der Region der Oberen Seen stellten die nötigen Grundstoffe für diese Entwicklung zur Verfügung.

Obwohl der inländische Markt sich also ständig erweiterte, wurde eine Expansion über die nationalen Grenzen hinaus angestrebt. Während das noch spärlich bevölkerte Kanada im Norden und das wirtschaftlich schwache Mexiko im Süden kaum große Absatzmöglichkeiten versprachen, sorgte der vermeintlich riesige Markt jenseits des Pazifischen Ozeans für Phantasien. Ein erster Schritt für die sich aus diesen Überlegungen entwickelnde expansionistische Strategie war Hawaii. Die Vereinigten Staaten dominierten die Inselkette seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, und 1887 erhielten die USA das Recht, Pearl Harbor als Marinebasis zu nutzen. Nur sechs Jahre später kam es auf Hawaii zu einer von den USA unterstützten Rebellion von Pflanzern gegen die Königin Liliuokalani, und

im Jahr 1898 wurde Hawaii annektiert. Der Inselkette von Samoa wurde gleichfalls amerikanisches Interesse zuteil. Hier konkurrierten die USA allerdings direkt mit zwei anderen Nationen: Großbritannien, einer seit langer Zeit etablierten Weltmacht, und Deutschland, das zum Ende des 19. Jahrhunderts nach einem »Platz an der Sonne«, also nach Kolonien, suchte.

Die gemeinsame Verwaltung der Inselgruppe verlief nicht reibungslos, es kam seit 1885 immer wieder zur Auseinandersetzung zwischen den Vertretern der drei Länder, den Handelsagenten und Konsuln. Eine Konferenz, die im Sommer 1887 in Washington tagte, konnte die aufgeladene Situation nur für kurze Zeit beruhigen, und bereits 1889 kam es zu einer erneuten Krise. Der deutsche Konsul hatte das Kriebsrecht verhängt, nachdem einige deutsche Soldaten von Samoanern getötet worden waren, und die Zeitungen in den USA reagierten sofort empört. Schlagzeilen wie etwa »Outrages by German Authorities Unredressed – How American Rights Were Needlessly Surrendered by the State Department« oder »German Tyranny in Samoa« heizten den stärker gewordenen Nationalismus weiter an. Kriegsschiffe wurden nach Samoa entsandt, und es hätte sehr leicht zu einer blutigen Auseinandersetzung kommen können, wenn nicht ein heftiger Sturm am 15. März 1889 alle Schiffe bis auf ein britisches Kriegsschiff versenkt hätte. Erst das Jahr 1899 brachte eine dauerhafte Lösung, nachdem Großbritannien, das sich in dieser Zeit auf den Burenkrieg im Süden Afrikas konzentrieren musste, auf seinen Anspruch auf die Inselkette verzichtete.

Die USA hatten sich also seit ihrer Gründung im Jahr 1776 und auf der Grundlage des schon damals deutlichen Anspruchs, sich in der Zukunft als global agierende Macht zu etablieren, zur Hegemonialmacht in der westlichen Hemisphäre aufgeschwungen, die darüber hinaus in den pazifischen Raum

expandierte. Zum Ende des 19. Jahrhunderts wurde immer deutlicher, dass die Interessen auch mit machtpolitischen Instrumenten umgesetzt und dabei Konflikte mit europäischen Großmächten wie Großbritannien und dem Deutschen Reich nicht gescheut würden.

2 Die junge Weltmacht

Der Spanisch-Amerikanische Krieg im Jahr 1898 ließ die USA endgültig zu einer Macht werden, die wirtschaftliche und politische Interessen auch weltweit militärisch durchsetzte. Der Krieg, den die USA vom Zaun brachen, hatte seinen Hintergrund im kubanischen Kampf um Unabhängigkeit, der 1895 begann und der von den spanischen Kolonialherren mit brutaler Härte und hoffnungslosen Versuchen geführt wurde, eine nationale Befreiungsbewegung niederzuschlagen. Die USA, die sich zunächst für neutral erklärten, beobachteten die zunehmend eskalierende Entwicklung mit großer Besorgnis, auch weil nicht unerhebliche amerikanische Investitionen in den Plantagen der Insel steckten. Hinzu kam die Sorge, dass in das entstehende Machtvakuum in der Karibik möglicherweise eine andere europäische Großmacht hineinstecken könnte, um dort neue Kolonien zu errichten. Dies wäre eine klare Verletzung der Monroe-Doktrin gewesen.

Der damalige amerikanische Präsident, Grover Cleveland (1893–97), erklärte daher, dass die USA intervenieren könnten, wenn Spanien der Krise auf Kuba nicht Herr werden würde. Sein Nachfolger im Amt, William McKinley (1897–1901), entsandte das Kriegsschiff »Maine« zu einem Besuch in den Hafen der Hauptstadt Havanna – eine kaum verschleierte Machtdemonstration. Als das Schiff am 15. Februar 1898 nach einer Explosion sank und mehr als zweihundert Seeleute mit in die Tiefe riss, wurde schnell vermutet, dass dies auf einen Sabota-

geakt zurückzuführen sei. Die amerikanische Presse, in der zu der Zeit gerade ein Krieg um Auflagen zwischen den Zeitungsherausgebern William Randolph Hearst und Joseph Pulitzer tobte, heizte die Stimmung weiter an. Ende März stellte der U. S. Court of Naval Inquiry fälschlicherweise fest, dass das Schiff durch eine Mine versenkt worden sei, und am 20. April erklärten die USA in einer gemeinsamen Resolution beider Häuser des Kongresses Kuba als frei von spanischer Herrschaft. Der Präsident wurde ermächtigt, Streitkräfte einzusetzen, um diesen Beschluss durchzusetzen; fünf Tage später erklärten die USA Spanien den Krieg.

Die von der amerikanischen Marine im Hafen von Santiago de Cuba eingeschlossenen spanischen Schiffe wurden am 3. Juli vernichtet. Bereits am 22. Juni waren ca. 17 000 amerikanische Soldaten südöstlich von Santiago de Cuba abgesetzt worden, und kaum einen Monat später, am 16. Juli, kapitulierte die zahlenmäßig weit unterlegene spanische Armee. Zwei Tage nach der Kriegserklärung konnte zudem Commodore George Dewey mit einer kleinen Flotte von Hongkong nach den spanischen Philippinen auslaufen und versenkte dort die im Hafen von Manila liegende spanische Flotte.

Hier allerdings wurde auch deutlich, dass die neue Weltmacht USA sich bei ihrem Expansionsstreben mit anderen Nationen auseinandersetzen musste. In Deutschland hatte man zwar nie erwartet, dass einem die Philippinen in den Schoß fallen würden, aber man wollte bei der Aufteilung des spanischen Kolonialreiches nicht leer ausgehen. Nachdem Wilhelm II. den Thron bestiegen hatte und Bismarck 1890 abtreten musste, war eine große Schlachtflotte gebaut worden, mit deren Hilfe das Deutsche Reich von einer Kontinentalmacht in eine See- und Weltmacht umgewandelt werden sollte. Dadurch wurde Deutschland fast zwangsläufig zum Konkurrenten nicht nur Großbritanniens, sondern auch der USA. Um das